

Parlamentstourismus als Entwicklungshilfe

In der Juli-Ausgabe des Rundbriefs der "Assemblée Parlementaire de la Francophonie" (APF) erfährt Luxemburg besonderes Lob: Unser Kooperationsministerium zeigte sich spendabel und erklärte sich bereit, ein Seminar der APF, das im März 2002 in Dakar (Senegal) stattgefunden hatte, zu einem Drittel mitzufinanzieren. Rund 21.000 Euro der Gesamtkosten von 63.000 Euro werden unserem Ministerium jetzt verrechnet, für sinnvolle Sachen wie "achat stylos 1.196 Euros" oder "achat cartables 5.764 Euros". Am meisten ins Geld geschlagen haben aber die Business-Class-Flüge der sechs "parlementaires-conférenciers" und ihrer Begleiter: 35.075 Euro durften die Reiseagenturen kassieren - so zahlten alleine die beiden Luxemburger Teilnehmer zusammen 6.610 Euro, um drei Tage in Dakar zum Thema "Le Parlement et les relations internationales" zu referieren. Fast bescheiden nimmt sich auf den ersten Blick das Handgeld aus, das die zwölf Referenten für sich kassierten: 63,43 Euro pro Tag und Nase. Nur, wozu so ein per diem, wenn Hotel und Verköstigung (zusammen über 13.000 Euro) ebenfalls zu Lasten der Veranstalter gehen? Aber Hauptsache, das Seminar war ein Erfolg. Allerdings, ganz so sicher ist das nicht. Die APF ist wesentlich schneller hinsichtlich der Aufstellung ihrer Spesenrechnungen, als was die Aktualisierung ihrer Homepage angeht. Der Bericht über diese ach so wichtige Veranstaltung ist noch "en élaboration".

ADR will Urzelle der Gesellschaft stärken

Das "Aktionskomitee für Demokratie a Rentegerechtigkeit" (ADR) spricht sich gegen das von der Regierung eingereichte Partnerschaftsgesetz aus. Mit diesem Gesetz sollen nichteheliche Partnerschaften in den Genuss einiger Rechte und Pflichten gelangen, wie sie bisher nur für verheiratete Paare vorgesehen waren. Darin sieht das ADR eine Art Vorstufe zu einer zivilrechtlichen Ehe für homosexuelle Paare, verbunden mit dem Anspruch, Kinder adoptieren zu können. Somit sei das "Naturrecht der Kinder auf Vater und Mutter" in Gefahr. "In einer Zeit, wo die Institution Ehe und Familie nie gekannt Belastungen und Zerreißen ausgesetzt sind, muss alles daran gesetzt werden, um die Urzelle der Gesellschaft, nämlich die Familie, zu stärken und zu festigen", heißt es hierzu in einer Stellungnahme des ADR. Das Aktionskomitee befürchtet ebenfalls für Kinder, die von Homo-Paaren erzogen werden, mangelnde Akzeptanz bei ihren Altersgenossen. Statt eine "Pacs"-Regelung nach dem französischen Modell, schlägt das ADR eine Reihe einzelner gesetzlicher Anpassungen etwa im Erbschafts- und Mietrecht vor, um den Belangen nicht-ehelicher Paare gerecht zu werden. Ganz Rentnerpartei, warnt das ADR auch vor einem möglichen Missbrauch im Rentenwesen: Durch das "pacsen" könnten ungerechtfertigte Rentenansprüche auf Witwer/Witwenrenten entstehen.

Wildschweine: Wer mäset, der pestet?

Ob es stimme, dass die Regierung jetzt tun wolle, was die Grünen schon vor Monaten verlangt hatten, nämlich die Wildschweine gegen die Schweinepest zu impfen, wollte Camille Gira bei der Chamber-Fragestunde am vergangenen Dienstag wissen. Nachdem die Bestände kräftig reduziert worden seien - 12.000 erlegte Schweine seit 1999 - werde man im Frühjahr mit Impfkationen beginnen, bestätigte Landwirtschaftsminister Fernand Boden. Die auch von TierschützerInnen favorisierte Impfung wird allerdings von UmweltschützerInnen und ÖkojägerInnen kritisiert: Sie stelle einen unverhältnismäßigen Eingriff in das natürliche Gleichgewicht dar und liefere den traditionellen JägerInnen einen Vorwand, an einer überholten Praxis festzuhalten.

Insbesondere die Fütterung ist unter Beschuss geraten, seit die Vorschläge der Jägerföderation in dieser Frage bekannt sind: großzügige Winterfütterung und ganzjährige, üppige Kirrung (Lockfütterung). "Gegen die Wildschweinemast!" war die Pressereaktion mehrerer landwirtschaftlicher Verbände überschrieben. Auch die Regierung lehne den Vorschlag der Föderation ab, sagte Fernand Boden. Man müsse weg von der massiven Fütterung, das Kirren sei aber allein schon wegen den Impfungen weiterhin nötig.

ZUKUNFTSTISCH

Bürgernähe nein danke

Beim kläglichen Ende des Zukunftstischs, der am Mittwoch vom Parlament gekippt wurde, bleibt nicht nur die Zivilgesellschaft auf der Strecke. Das Parlamentsplenum hat sich zugleich dem Diktat der Fraktionschefs gebeugt.

(ergué) – Wie das Monster von Loch Ness tauchte sie in den letzten zwei Jahren immer wieder aus dem Morast des parlamentarischen Alltags auf: Die Idee eines Zukunftstischs, an dem über die Herausforderungen debattiert werden sollte, die auf Luxemburg in den nächsten Jahrzehnten in Sachen Rentenabsicherung, Bevölkerungswachstum und Nachhaltigkeit zukommen. Nachdem sogar der Premier sich für eine solche Runde ausgesprochen hatte, in die auch die sogenannte Zivilgesellschaft mit einbezogen werden sollte, machte der CSV-Fraktionschef Lucien Weiler anlässlich der Debatte zur Lage der Nation im vergangenen Mai einen konkreten Vorschlag. In einer Resolution präsentierte er das Modell eines "Konvents", der unter der Schirmherrschaft des Parlaments tagen, aber ausdrücklich auch die "forces vives de la nation" einbeziehen sollte.

Die einzige Partei, die damals prinzipielle Bedenken anmeldete, war die sonst eher bürgernahe LSAP, die sich aber schon seit einiger Zeit auf die Linie einer rein parlamentarischen Zukunftsdebatte festgelegt hatte. Bei ihrer Enthaltung, aber von allen anderen Parteien getragen, wurde die Resolution Weiler im Mai angenommen. Daraufhin geschah erst einmal nicht viel. Erst am 10. Oktober befasste sich die Konferenz der Fraktionspräsidenten im Parlament mit einem Brief der Grünen, die auf die Um-

setzung der Resolution drängten. Der Bericht über diese Sitzung offenbart Erstaunliches: Statt über diese Umsetzung zu reden, führten die Fraktionschefs eine Diskussion "sur le principe, le comment et le quand d'une Convention sur l'avenir du Luxembourg". Ein Konvent oder eine parlamentarische Kommission, mit oder ohne Teilnahme von ExpertInnen oder NGO, diese Fragen wurden erneut aufgeworfen.

Kompetenzüberschreitung

Damit tat die Konferenz der Fraktionspräsidenten etwas Unzulässiges: Indem sie den Beschluss des Plenums in Frage stellte, übertrat sie ihre Kompetenzen. Die Konferenz endete jedoch ohne Einigung: "Partant les différents groupes politiques ne sont pas arrivés à trouver un consensus sur le fonctionnement pratique d'une telle Convention. La Conférence des Présidents y reviendra lors de sa réunion du 22 octobre 2002", der Punkt wurde vertagt. Nun legte François Bausch, Fraktionschef der Grünen in einem zweiten Brief einen konkreten Vorschlag für die Besetzung des Konvents auf den Tisch, der am 22. Oktober auf der Tagesordnung der Präsidentenkonferenz stand. Mit den Stimmen von DP, LSAP und ADR wurde der Vorschlag abgelehnt.

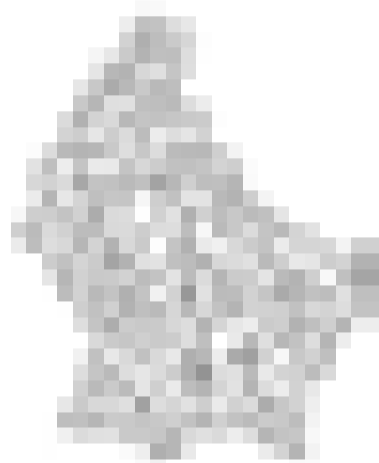
Am Mittwoch fand nun im Kammerplenum der letzte Akt

der grotesken Geschichte um den Zukunftstisch statt. Die Grünen wollten es genau wissen: Ihre Sprecherin Renée Wagener präsentierte eine Resolution, in der die Präsidentenkonferenz getadelt und aufgefordert wurde, den Beschluss vom Mai umzusetzen.

Parlament verabschiedet sich

Lucien Weiler dagegen stellte fest, es gebe eben keine Mehrheit mehr für die Idee des Konvents, und hatte einen neuen Vorschlag parat: Seine neue Resolution sah vor, dass der von der Regierung geplante "Conseil supérieur pour le développement durable" das Dossier Zukunftsdebatte übernehmen soll. In totalem Widerspruch zum Mai, als die Hauptsorge der Abgeordneten noch die Handhabe des Parlaments über die Debatte gewesen war, sollte die Chamber also nun das Heft an ein von der Regierung eingesetztes Gremium abgeben. Serge Urbany (Déi Lénk) schlussfolgerte, dass der Parlamentsmehrheit von CSV und DP die gemeinsame Diskussion von Parlament und Zivilgesellschaft an der so wichtigen Zukunftsdebatte eigentlich gar nicht gewünscht habe.

Als Weiler dann auch noch die Priorität für seine Resolution verlangte, wurde es den Grünen zu bunt. Sie verließen unter Protest den Saal. Doch die neue CSV-Resolution fand diesmal nur noch Rückhalt in den Reihen der Regierungsparteien: Der Mai-Konsens wurde durch einen Mehrheitsbeschluss ersetzt.

**ATOMMÜLL-TRANSPORTE**

Nach dem Castor ist vor dem Castor

Am Donnerstag ist auch der bislang größte Castor-Transport an sein Ziel in Gorleben gelangt. Massive Proteste gab es hauptsächlich im Wendland.

(dw) - Um 7.22 Uhr war es soweit. Die zwölf Atommüll-Behälter trafen im Zwischenlager Gorleben ein. Auch die Fahrt dieses bislang größten Castor-Transportes war ein Hürdenlauf. Ein Stapel brennender Autoreifen auf den Schienen, zwei Castor-Gegner, die sich mit einem durch das Gleisbett führenden Stahlrohr zusammengekettet hatten oder Sitzblockaden mussten erst aus dem Weg geräumt werden, der Castor erreichte seine Zwischenstation in Lüneburg mit sechs Stunden Verspätung.

Behinderungsaktionen gab es dieses Mal hauptsächlich auf dem letzten Stück der Castor-Reise. Der Protest in Frankreich und im Südwesten Deutschlands fiel eher dünn aus. Lediglich der regionale Widerstand im Wendland scheint ungebrochen. Etwa 1.200 Menschen waren allein in der Nacht auf Donnerstag auf dem letzten Stück der Castor-Strecke zwischen Dannenberg und Gorleben aktiv. Mit Erfolg, insgesamt fünf Stunden lang brauchte die Polizei, um die Sitzblockade aufzulösen und den Weg für den Castor wieder frei zu machen. Der Kampf um Blockade-Minuten ist jedoch nicht alles, betont Jochen Stay: "Es ist nicht wichtig, wie viele

Minuten der Transport braucht oder verzögert wird, sondern wie viele Menschen Zivilcourage gegen eine verantwortungslose Atompolitik zeigen", so das Mitglied der "X-tausendmal quer"-Initiative.

Kritik übten die AktivistInnen nicht nur am zuweilen wenig zimperlichen Auftreten der Polizei. "Gezielte Irreführung" der Öffentlichkeit warf x-tausendmal quer den Ordnungshütern vor. "Die Polizei missbraucht ihre Rolle zur Konstruktion eines völlig falschen Bildes über den gewaltfreien Protest im Wendland", erklärte Pressesprecher Sören Janssen. "Das grenzt an Verleumdung." Zur polizeilichen Taktik gehöre die Herausgabe von Falschmeldungen, etwa über Fahrzeugbeschädigungen oder die Aushöhlung eines Deiches bei Laase. Beides entpuppte sich als Ente.

Polizei wird Irreführung vorgeworfen

Auch die Behauptung, die Schienenblockade zwischen Hamburg und Lüneburg habe die Notbremsung eines Intercity-Express ausgelöst, weisen die Atomkraft-GegnerInnen von sich. Wie am Donnerstag unter

anderem in der Süddeutschen zu lesen war, stuft die Polizei die Blockade als "den bislang gefährlichsten Zwischenfall" in der Geschichte der Castor-Transporte ein. Der Zug habe 150 Meter vor den Protestierenden nur deshalb stoppen können, weil zwei BGS-Beamten dem ICE entgegengefahren waren und so ein Unglück verhinderten. Die Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen reagierte sofort mit einer weniger spektakulären Gegendarstellung: Zwar hätte der ICE aus Hamburg tatsächlich seine Fahrt am Mittwoch um 10.55 Uhr für zehn Minuten unterbrechen müssen, er sei jedoch vorgewarnt gewesen und hätte sich bereits die letzten 20 Kilometer mit verlangsamer Geschwindigkeit genähert, etwa 400 Meter vor der Blockade sei er zum Stehen gekommen.

Die Versuche, die Ereignisse zu verfälschen, sollten dazu führen, Demonstranten zu kriminalisieren, so die Einschätzung der Lüneburger Initiative. Man wolle verhindern, dass Menschen die Hauptstrecken der Castor-Transporte als Aktionsraum für ihren Protest wahrnehmen. Nach Angaben der Polizei wurden bei diesem Transport rund 160 Menschen vorübergehend in Gewahrsam genommen.

Doch die Wendländer sind zäh. "Danach ist immer davor", hieß es nach dem Ankommen des größten Atomtransportes in Gorleben auf der Homepage der Castor-Nix-Da-Kampagne, die zugleich zum anschließenden "Treffen in Gedelitz zum Quatschen und Suppe essen" einlud.